



Pressemitteilung

Herr Langemack

Telefon 0711 / 224 62-29

Telefax: 0711 / 224 62-23

E-Mail: langemack@landkreistag-bw.de

Alle Pressemitteilungen und mehr unter:

www.landkreistag-bw.de

Stuttgart, den 16. Juni 2017

Landkreistag unterbreitet Vorschläge zur Krankenhauspolitik

Hauptgeschäftsführer Prof. Trumpp: "Bund und Land müssen Krankenhäuser besser unterstützen"

Stuttgart. „Die baden-württembergischen Krankenhausträger haben in den vergangenen Jahren die Strukturen ihrer Häuser beharrlich und konsequent fortentwickelt“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Eberhard Trumpp, heute in Stuttgart. „So konnte in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten die Zahl der Krankenhäuser um rund 16% und die Zahl der Krankenhausbetten um annähernd 13% reduziert werden – und dies, obwohl die Patientenzahlen um zirka 15% gestiegen sind“, erläuterte Trumpp. „Wenn trotz dieser gewaltigen Leistung aktuell nahezu jedes zweite Krankenhaus in Baden-Württemberg rote Zahlen schreibt, dann ist dies schlicht inakzeptabel und sind sowohl der Bund als auch das Land dringend aufgefordert, die systematische Unterfinanzierung der Krankenhäuser endlich zu beenden“, betonte Hauptgeschäftsführer Prof. Trumpp.

Die baden-württembergischen Landkreise haben vor diesem Hintergrund krankenhauspolitische Kernerwartungen an die Adresse von Bund und Land formuliert (**Anlage**).

„Der Bund muss insbesondere dafür sorgen, dass das hierzulande überdurchschnittliche Lohnniveau in der Pflege, aber auch die im Bundesvergleich höhere Anzahl an Pflegekräften bei der Kran-

kenhausvergütung angemessen berücksichtigt wird. Denn schließlich liegen die Gehälter der Pflegekräfte im Hochlohnland Baden-Württemberg um fast 7% über dem Bundesdurchschnitt und arbeiten in den baden-württembergischen Häusern rund 5% mehr Pflegekräfte als in anderen Bundesländern. Es ist hochgradig unfair, ja skandalös, wenn dies bei der Krankenhausfinanzierung durch den Bund einfach ausgeblendet wird“, hob Trumpp hervor.

„Vom Land erwarten die Landkreise, dass es die Mittel für die Einzel- und Pauschalförderung um mindestens 150 Mio. EUR pro Jahr aufstockt. Dass die entsprechenden Mittel in 2017 nicht nur nicht erhöht, sondern zugunsten des Krankenhausstrukturfonds gekürzt worden sind, ist angesichts der besorgniserregenden Lage vieler Häuser im Land unbegreiflich. Umso wichtiger ist es, dass das Land die erfreuliche Steuerentwicklung zum Anlass nimmt, um im nächsten Doppelhaushalt ausreichend originäre Landesmittel für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung zu stellen“, erklärte Hauptgeschäftsführer Prof. Trumpp.

Hauptgeschäftsführer Prof. Trumpp unterstrich, dass die Landkreise unverändert zu ihrer Verpflichtung stünden, eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern zu gewährleisten. „Ohne ausreichende Unterstützung durch den Bund und das Land wird sich die Krankenhausversorgung allerdings absehbar verschlechtern“, unterstrich Trumpp.